

Gewaltvideos auf Handys – eine Herausforderung für Pädagogik und Jugendmedienschutz

Fachforum zur aktuellen Handydiskussion weist auf gesellschaftliche und pädagogische Handlungsnotwendigkeiten hin

Das aufgrund der aktuellen Diskussion um gewalthaltige und pornografische Inhalte auf Handys von Schülern und um Gewalt an Schulen kurzfristig vom Medienzentrum München des JFF in Kooperation mit dem Stadtjugendamt München und dem Kreisjugendring München-Stadt veranstaltete Fachforum „*Jugendmedium Handy im Verruf*“ stellte sich der Frage nach den Ursachen der jüngsten Entwicklungen und den Handlungsmöglichkeiten von Politik, Wirtschaft und vor allem von Jugendmedienschutz und pädagogischer Praxis.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Klaus Schwarzer, dem Medienbeauftragten des Stadtjugendamts München. Anschließend führten Ulrike Wagner und Dr. Fred Schell vom JFF – Institut für Medienpädagogik in das Thema ein. Während Ulrike Wagner einen Einblick in Daten und Fakten des jugendlichen Handygebrauchs gab, schilderte Dr. Fred Schell Motive und Probleme der Handynutzung. Er verwies darauf, dass Gewalt und Pornografie als Medieninhalte alles andere als neu sind. Neu ist allerdings die immer schwerer überschaubare Verbreitung solcher Inhalte durch zunehmend mobil werdende Netze und steigende Übertragungskapazitäten. Die Repräsentation von Gewalt und Pornografie löst sich somit von raumzeitlichen Rahmenbedingungen, wird spontan und unauffällig in ihrer Verbreitung. Darüber hinaus gehen durch die kurzen Gewaltsequenzen die narrativen Kontexte verloren, die eine Basis zur Diskussion sowie für die Einordnung und kritische Distanzierung von Gewalt bieten könnten. Zur Erläuterung der Motive eines derartigen Mediengebrauchs griff Schell auf zwei Erklärungsmuster aus der sozialwissenschaftlichen Gewaltforschung zurück. Erstens sind Gewalthandlungen und ihr bevorzugter medialer Konsum in der Regel an frühere Erfahrungen von Gewalt am eigenen Leib geknüpft. Zweitens ist Gewalt immer ein Ausdruck subjektiver Machtlosigkeit und eines zwangsläufig niedrigen Selbstvertrauens. Schell gab dies zu Bedenken und sprach sich für eine Stärkung des Jugendmedienschutzes und für eine kontinuierliche wissenschaftliche Beobachtung der Medienaneignung Heranwachsender aus, um mögliche Risiken frühzeitig abschätzen und tragfähige medienpädagogische Praxismodelle entwickeln und realisieren zu können. Auch eine entsprechende Aus- und Weiterbildung pädagogisch Tätiger sei von großer Bedeutung.

Die anschließende Diskussion wurde von VertreterInnen aus dem Jugendmedienschutz und der Jugendmedienarbeit sowie der Schulorganisation und der Mobilfunkindustrie geführt. Unterstützt von der regen Teilnahme des hauptsächlich aus Fachleuten bestehenden Publikums wurden zunächst die Möglichkeiten und Grenzen einer Kontrolle problematischer Medieninhalte angesprochen. Verena Weigand, Leiterin der Stabsstelle der Kommission für Jugendmedienschutz, wies darauf hin, dass die gesetzlichen Grundlagen zum Jugendmedienschutz in Bezug auf problematische Medieninhalte prinzipiell ausreichend seien. Mit den neuen Verbreitungstechnologien wie Internet und Handy werde jedoch die Unterscheidung zwischen Produzenten und Providern und deren jeweiliger Verantwortung zunehmend schwieriger. Valentina Daiber, Jugendschutzbeauftragte des Mobilfunkunternehmens O2, bestätigte die Problematik: Das Unternehmen könne sich zwar an medienpädagogischen Projekten beteiligen und über Kundenverträge die Verbreitung ihrer Produkte in einem gewissen Rahmen kontrollieren, doch was letztendlich an Inhalten kommuniziert wird, stünde außerhalb des Einflussbereichs von O2. So verlagerte sich der Fokus der Diskussion weg von den „Kontrollmöglichkeiten von oben“ hin zum „Interventionsspielraum unten“. Günther Anfang, Leiter der Medienzentrums München, stellte medienpädagogische Ansätze zum Thema Handy

einerseits und zum Thema Gewalt in den Medien andererseits vor. Jürgen Ertelt von der Bundesinitiative Jugend ans Netz betonte ebenfalls, wie wichtig es ist, die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Wolfgang Glaser, zuständig für den Jugendschutz im Stadtjugendamt München, problematisierte die mangelhafte Unterstützung der Hauptschulen in diesem Problemfeld. Dr. Vera Haldenwang vom Institut für Schulqualität und Bildungsforschung betonte die Wichtigkeit von präventiven Maßnahmen gegen schulische Gewalt, wie Verhaltenstrainings in Form von Rollenspielen und Streitschlichtung. Hier setzte auch Raphaela Schweiger vom Münchner Schülerbüro an. Sie betonte, dass die Notwendigkeit der Thematisierung von Gewalt nicht aufgehoben würde durch gesetzliche Regelungen und Verbote.

Michael Niggel von Pro Familia betonte die Bedeutung der Elternarbeit. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass Materialien wie Flyer und Internetseiten auch die Zielgruppen erreichen, für die sie eigentlich gedacht sind. Kathrin Demmler vom JFF schloss die Tagung mit einem Resümee der wichtigsten Schlussfolgerungen, die sich aus der Diskussion ergeben hatten: Gewalt muss als gesellschaftliches Problem diskutiert werden und alle Institutionen des Jugendmedienschutzes und der Bildung und Erziehung sind aufgefordert zusammenwirken, um die Debatte zu versachlichen und mit adäquaten medienpädagogischen Konzepten eine Auseinandersetzung mit Gewalt anzustoßen.

Der inhaltliche Verlauf der Diskussion spiegelte im übrigen eine Grundauffassung der sozialwissenschaftlichen Medienforschung wieder, wie sie bereits in Fred Schells Ausführungen zur Sprache gekommen war: Aufsehenerregende Nutzungsphänomene wie das der Gewaltvideos auf Schülerhandys sind als Symptom eines gesamtgesellschaftlichen Problems zu sehen. Mit kurzfristigen und restriktiven Lösungen wie einem generellen Handynutzungsverbot an Schulen ist das Problem nicht gelöst, weil damit die Ursachen des Problems der Gewalt nicht bearbeitet.

JFF, 10. April 2006